

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung dieses Vorschlags besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- den Untersuchungsgegenstand differenziert wahrnehmen und fachsprachlich korrekt beschreiben (A1)
- Sinnvorstellungen als solche erkennen und beschreiben (A7)

Urteilskompetenz

- mögliche Folgen unterschiedlicher Lösungsansätze abschätzen (U2)
- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung des Vorschlags nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Der Vorschlag bezieht sich auf das Themenfeld *Internationale Konflikte und Konfliktbearbeitung in einer differenzierten Staatenwelt* (Q3.1), insbesondere auf das Stichwort *Möglichkeiten, Verfahren und Akteure kollektiver Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung im Rahmen internationaler Institutionen und Bündnisse (insbesondere Vereinte Nationen inkl. UN-Charta, NATO)*.

Der kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Verfassung und Verfassungswirklichkeit: Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonflikte* (Q1.1), insbesondere auf das Stichwort *Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Verfassung (insbesondere Art. 1, 20, 79 GG)*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autorin, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: Im Beitrag „Es wird keinen Weg zurück geben“ von Annalena Baerbock, veröffentlicht am 31.08.2022 auf der Website zeit.de, geht die Bundesaußenministerin auf eine notwendige, strategische Neuausrichtung der europäischen Russland-Politik ein, da durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. März 2022 ein eklatanter Bruch der europäischen Friedensordnung eingetreten sei. Sie stellt dazu folgende Überlegungen an:

- Russland werde auf absehbare Zeit eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa bleiben.
- Man erlebe den Zusammenprall zweier Weltbilder. Auf der einen Seite eine Staatenwelt, die an eine regelbasierte internationale Ordnung glaube, dem gegenüber aggressiv-autoritäre Regime, die versuchten andere Länder mit imperialen Mitteln zu unterwerfen.
- Kein kleineres Land wäre mehr sicher, wenn man dies tatenlos akzeptiere.
- Deshalb werbe sie mit ihrer französischen Amtskollegin in der EU für eine strategische Neuausrichtung der europäischen Russland-Politik, konkret in vier Bereichen.
- Erstens sollten Sanktionen Russlands wirtschaftliche und vor allem auch seine militärischen Fähigkeiten langfristig beschneiden.

- Zweitens solle durch Investitionen in moderne Technologie und Ausrüstung sowie einer besseren Koordination der europäischen Verteidigungsindustrien der europäische Pfeiler der NATO und damit auch Europas Wehrhaftigkeit gestärkt werden.
- Drittens müsse die EU gezielter in verlässliche und faire Partnerschaften weltweit investieren. Dies betreffe sowohl die Nachbarländer im Osten Europas als auch Staaten des globalen Südens und Zentralasiens, um zu deren Ernährungssicherheit beizutragen sowie bestehende Abhängigkeiten gegenüber Russland zu minimieren.
- Viertens müsse die russische Zivilgesellschaft vor Ort und in der Diaspora unterstützt werden, die sich gegen das autoritäre Regime zur Wehr setzt. Dies sei beispielsweise durch Förderung der unabhängigen Informationsbeschaffung oder gezielte Unterstützung russischsprachiger Journalisten möglich.
- All diese Maßnahmen würden Putins Weltbild zwar nicht verändern, jedoch würde sich die EU langfristig wehrhaft gegenüber Putins Russland machen und einen entschlossenen Weg nach vorn einschlagen.

Aufgabe 2

Zu Beginn soll kurz darauf eingegangen werden, was die NATO ist und wofür sie steht. Folgende Aspekte können dazu z.B. angeführt werden:

- Das NATO-Bündnis verknüpft seit mehr als 70 Jahren Europas und Nordamerikas Sicherheit und steht für gemeinsame Sicherheit und Verteidigung, für gemeinsame Operationen und für die internationale Kooperation mit Partnern.
- Es wurde als Militärbündnis der Vereinigten Staaten mit seinen westlichen Verbündeten im Kalten Krieg gegründet.
- Darüber hinaus versteht sich die NATO auch als Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten. Im Nordatlantikvertrag bekennen sich die Mitglieder zu Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts.

In der Erläuterung der Bedeutung der NATO für Frieden und Sicherheit in Europa können folgende Aspekte aufgegriffen werden:

- Die Mitgliedstaaten haben vereinbart, sich gegenseitig zu schützen und im Konfliktfall gemeinschaftlich zu reagieren (Art. 5 NATO-Vertrag).
- Als Kernaufgabe steht die Wahrung der Freiheit und Sicherheit der Mitgliedstaaten mit politischen und militärischen Mitteln im Vordergrund.
- Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich für das Sicherheitsumfeld im Rahmen der NATO Grundlegendes verändert: Russland wird der Bruch der europäischen Friedensordnung vorgeworfen und daher auch von der NATO nicht mehr als Partner in der europäischen Friedensordnung angesehen.
- Darüber hinaus hat der russische Angriffskrieg das Bündnis geeint und dazu geführt, dass Staaten, die zuvor ihren Verpflichtungen zu Verteidigungsausgaben in Höhe von 2% des BIP nicht nachkamen, der Rüstung einen neuen Stellenwert zukommen lassen.
- Der Gefahr eines konventionellen Angriffs auf das NATO-Gebiet soll mit einer kollektiven Verteidigung und Abschreckung begegnet werden. Dazu gehört unter anderem auch die Abschreckung durch ein Nuklearwaffenarsenal einzelner Mitgliedstaaten.
- Das gewandelte Sicherheitsumfeld im 21. Jahrhundert stellt das Bündnis jedoch vor neue Herausforderungen, die zu Krisen und regionalen Instabilitäten mit Auswirkungen auf NATO-Staaten führen können.
- Zur neuen NATO-Strategie gehören neben der kollektiven Verteidigung und Abschreckung demnach auch die Bereiche der Krisenbewältigung und kooperativen Sicherheit.
- Die NATO kann z.B. mit einem Mandat der UN auch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus aktiv werden sowie zur Sicherung und zum Schutz der Energieversorgung oder von Transit- und Handelswegen eingesetzt werden.
- Im Jahr 2023 übernehmen die Bündnispartner gemeinsam die Aufgabe der Verteidigung der Außengrenzen. So unterstützt Deutschland beispielsweise Polen bei der Luftabwehr und stellt in Estland ein Kontingent zur territorialen Verteidigung.

- Finnland und Schweden, die traditionell lange Zeit keinem Bündnis angehört hatten, haben nach dem Angriff auf die Ukraine einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO gestellt und sind dem Bündnis inzwischen beigetreten. Weitere europäische Staaten wünschen der NATO beizutreten.

Darüber hinaus kann auch auf die Out-of-area-Einsätze und die internationale Kooperation eingegangen werden.

Folgende Grenzen der Bedeutung der NATO für Frieden und Sicherheit in Europa können z.B. erläutert werden:

- Nach dem Ende der Sowjetunion schien die NATO keine Relevanz mehr für die Friedenssicherung und -erhaltung in Europa zu haben und das Bündnis wurde von verschiedenen Akteuren infrage gestellt.
- Mit der NATO wird auch eine zunehmende militärische Aufrüstung verbunden, die kritisch als kriegstreibend bewertet wird.
- Schließlich gibt es auch Kritik an der Organisation der NATO. Sie wird als zu bürokratisch und langsam empfunden, was dazu führen kann, dass Entscheidungen nicht schnell genug getroffen werden.
- Es kann in diesem Zusammenhang auch angeführt werden, dass die Aufnahme zahlreicher ehemaliger Ostblockstaaten in die NATO von Russland als Argument für eine von der NATO ausgehende Bedrohung dargestellt wird.

Aufgabe 3

Unter Freiheitsrechten werden jene Grundrechte gefasst, die den Bürgerinnen und Bürgern bestimmte Freiheiten garantieren, wie beispielsweise die in Art. 2 GG festgeschriebene allgemeine Handlungsfreiheit oder die in Art. 4 GG verankerte Religionsfreiheit. Sie schützen den Freiheitsraum der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat und bilden die Basis für ein freies und selbstbestimmtes Leben.

Die Stellung der Opposition im politischen System wird im Grundgesetz nicht näher beschrieben. Es lässt sich jedoch gemäß der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus bestimmten Grundrechten eine Verfassungsgarantie auf Ausübung einer Opposition ableiten. Bei der Darstellung der Bedeutung der Freiheitsrechte für die Demokratie soll besonders auf Art. 5, 8 und 9 GG eingegangen werden:

- Die Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) eröffnet die Möglichkeit, abweichende politische Standpunkte zu äußern und damit Kritik an der Regierung zu üben, ohne dafür sanktioniert zu werden. Die Meinungsfreiheit ist essenziell, um die Bürgerinnen und Bürger von einer anderen als der Regierungspolitik überzeugen zu können. Dies schließt die Pressefreiheit mit ein.
- Die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) ermöglicht die Veranstaltung von Demonstrationen und Kundgebungen, die elementar für die öffentliche Präsentation von politischen Ansichten und Weltanschauungen sind. Damit kann die Opposition für sich werben und auch die Öffentlichkeit zur Einnahme einer kritischen Haltung gegenüber der Regierung aufrufen. Darüber hinaus kann durch eine große Teilnehmerzahl der Handlungsdruck auf die Regierung erhöht werden.
- Die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) schafft einen Organisationsrahmen für die Arbeit oppositioneller Gruppen. So können Vereine, Verbände oder Bürgerinitiativen mit dem Ziel gebildet werden, bestimmte Themen auf die politische Agenda zu setzen, oder Parteien gegründet werden, um für einen anderen Politikentwurf einzutreten. Auch die besondere verfassungsrechtliche Stellung der Parteien (Art. 21 GG) eröffnet der Opposition großen Freiraum und schützt sie.

Abschließend kann festgestellt werden, dass Freiheitsrechte fundamental für das Funktionieren von Demokratie sind und dass sie nicht nur die Bürgerinnen und Bürger als Individuen schützen, sondern auch die Grundlage für die Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments darstellen, da sie ihr Rechte garantieren, die Voraussetzung für ihre Arbeit sind.

Aufgabe 4

Als Argumente für einen Beitritt der Ukraine können z.B. angeführt werden:

- Viele NATO-Staaten sprechen sich mittel- bis langfristig für einen Beitritt der Ukraine aus, so dass man die Entscheidung, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, vorziehen könnte, um die Ukraine zu schützen.
- Die NATO bzw. ihre Mitglieder unterstützen die Ukraine bereits im Kampf gegen Russland militärisch auf sehr vielfältige Weise. Wenn vermieden werden soll, dass Russland seine Kriegsziele zumindest partiell erreicht, wird eine erneute Ausweitung der Unterstützung notwendig sein – und der nächste substanzielle Schritt wäre die direkte Beteiligung an dem Krieg.
- Der Beitritt der Ukraine zu dem Verteidigungsbündnis würde Russland vor die Entscheidung stellen, Frieden zu schließen oder mit der gesamten NATO im Krieg zu sein. Betrachtet man die Schwäche der russischen Armee, so scheint dieser Ansatz durchaus plausibel zu sein.
- Ein dauerhafter Frieden mit Russland scheint nur mit Sicherheitsgarantien der NATO möglich, so dass das Verteidigungsbündnis sich ab einem bestimmten Zeitpunkt ohnehin wird stärker einbringen müssen. Andernfalls wäre das Ergebnis der Verhandlungen ein Diktatfrieden bzw. ein ähnlich fragiles Abkommen wie Minsk I und II.
- Russland bedroht mit dem Krieg gegen die Ukraine auch die anderen europäischen Staaten, so dass NATO-Staaten schon jetzt Teil eines Konfliktes sind, der auch – bedenkt man besonders die Situation der baltischen Staaten – ihre Existenz bedrohen kann.

Als Argumente gegen einen Beitritt der Ukraine können z.B. folgende Aspekte angeführt werden:

- Bevor ein Land der NATO beitreten kann, muss es zunächst bestimmte wirtschaftliche, politische und militärische Standards erfüllen. Nach Einschätzung von Experten ist die Ukraine noch ein gutes Stück von der Erfüllung dieser Beitrittskriterien entfernt. So verzeichnet das Land z.B. Probleme mit den demokratischen Institutionen und der Korruptionsbekämpfung.
- Gemäß Artikel 5 des kollektiven Verteidigungsabkommens der NATO müssen im Falle eines Angriffs auf einen Mitgliedstaat alle anderen Mitgliedstaaten diesen als Angriff auf sich selbst betrachten und ihrem Verbündeten zu Hilfe kommen. Die direkte Nachbarschaft und der Angriff von Russland würden einen Einsatz der NATO erzwingen und zur Eskalation des Konflikts führen.
- Die erfolgten Waffenlieferungen in die Ukraine zeigen, dass die Ukraine in gewisser Weise bereits eine Sicherheitsgarantie der NATO hat, ohne Mitglied zu sein.
- Die NATO kann sich darüber hinaus auch ohne Mitgliedsstatus in der Ukraine engagieren. Große militärische und finanzielle Hilfen stellen eine umfangreiche Unterstützung für die Ukraine dar, es kommt z.B. zu umfangreichen bilateralen Hilfen.
- Nach den NATO-Regeln können neue Mitglieder nur aufgenommen werden, wenn alle Mitglieder zustimmen. Selbst wenn nur ein Mitglied nicht zustimmt, kann das den gesamten Prozess behindern oder sogar zum Scheitern bringen.
- Würde die Ukraine der NATO beitreten, könnte dies die Stationierung westlicher Truppen und Militärstützpunkte auf ukrainischem Boden bedeuten. Dies könnte von Russland als Bestätigung und Beleg seiner Propaganda der Bedrohung durch den Westen ausgelegt werden. Der Konflikt könnte noch weiter eskalieren und auch in andere europäische Länder getragen werden.

Die Argumentation soll zu einer begründeten Bewertung führen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO bzw. des Abzugs nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Ansätzen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- in Grundzügen die Bedeutung der NATO für Frieden und Sicherheit in Europa erläutert wird,

Aufgabe 3

- unter ansatzweiser Einbeziehung des Grundgesetzes die Bedeutung der Freiheitsrechte – und damit auch der Möglichkeit zur Bildung einer Opposition – für die Demokratie in Deutschland in Ansätzen untersucht wird,

Aufgabe 4

- in Ansätzen diskutiert wird, ob die Ukraine der NATO beitreten soll,
- die Argumentation in Ansätzen zu einer begründeten Bewertung führt.

Eine Leistung ist mit „gut“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text umfassend und strukturiert zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- differenziert und umfassend die Bedeutung der NATO für Frieden und Sicherheit in Europa erläutert wird,

Aufgabe 3

- unter Einbeziehung des Grundgesetzes die Bedeutung der Freiheitsrechte – und damit auch der Möglichkeit zur Bildung einer Opposition – für die Demokratie in Deutschland differenziert untersucht wird,

Aufgabe 4

- differenziert diskutiert wird, ob die Ukraine der NATO beitreten soll,
- die Argumentation zu einer schlüssig begründeten Bewertung führt.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	20			20
2	5	20		25
3	5	20		25
4		5	25	30
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.